



Interviews

Datum: 12. Januar 2024

Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Am Telefon ist jetzt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei. Guten Morgen, Herr Frei.

Thorsten Frei: Guten Morgen!

May: Schockieren Sie solche Enthüllungen noch?

Frei: Ja, tatsächlich. Solche Enthüllungen schockieren mich, auch wenn man das Gefühl haben könnte, dass es eine fortgesetzte Reihe ist. Trotzdem ist es immer wieder schockierend zu sehen, zu welchen Gedanken manche Menschen in der Lage sind und dass das ganz offensichtlich von einigen am rechten Rand tatsächlich vertreten wird.

May: Aber wundern tun Sie sich auch nicht mehr?

Frei: Na ja. Es ist so, dass wir in den letzten Jahren konsequent Grenzüberschreitungen im rechtsextremistischen Bereich erlebt haben. Insofern darf man sich im Grunde genommen nicht mehr wundern und das dokumentiert im Grunde genommen auch, dass die Grenze zwischen Rechtsextremisten und dem, wie sich die AfD etwa in den Parlamenten geriert, fließend geworden ist. Die AfD ist durchtränkt von Rechtsextremisten.

May: Jetzt waren nicht nur AfD-Politiker dabei, sondern beispielsweise auch der Unternehmer Hans-Christian Limmer, damals noch Gesellschafter der Burger-Kette „Hans im Glück“ – in Großstädten sehr bekannt. Wird Rechtsextremismus langsam anschlussfähig in der Mitte der Gesellschaft?

Frei: Das muss jedenfalls unter allen Umständen verhindert werden. Natürlich ist es so, dass wir es hier auf der einen Seite mit einer rechtsextremistischen Partei zu tun haben. Auf der anderen Seite wird sie deutschlandweit von etwa einem Fünftel der Wählerinnen und Wähler gewählt, die mit Sicherheit nicht rechtsextremistisch sind. Aber das Handeln dieser Extremisten innerhalb der AfD muss man der Gesamtpartei zurechnen und die Menschen müssen wissen, dass es sich hier um eine gefährliche Partei handelt, die nichts Gutes im Schilde führt und im Übrigen auch keine Konzepte und Rezepte für die wirklichen Herausforderungen unseres Landes hat.

May: Was passiert mit den beiden CDU-Mitgliedern, die laut Recherchen auch bei dem Treffen zugegen waren?

Frei: Der Generalsekretär Carsten Linnemann hat bereits angekündigt, dass man das genau prüfen wird und dann auch hart durchgreifen wird. Fakt ist, jenseits jeglicher rechtlicher Überlegungen, dass jemand, der sich an solchen Überlegungen beteiligt, natürlich nicht auf den Grundlagen, Grundsätzen und Werten unserer Partei steht und deshalb im Grunde genommen in der CDU auch nichts verloren hat.

May: Beide sollen überdies bei der Werteunion gewesen sein. Eine soll auch bei der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU gewesen sein, was eine offizielle Vereinigung im Gegensatz zur Werteunion ist. Gibt es in der Partei ein Problem mit der Abgrenzung nach rechts, möglicherweise zumindest an der Basis?

Frei: Nein! Dieses Problem gibt es ganz sicherlich nicht. Wir stehen auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Auf dieser Grundlage machen wir Politik. Das formulieren wir derzeit in unserem Grundsatzprogramm auch für die einzelnen Politikbereiche aus. Es gibt eine klare Abgrenzung nach rechts und daran wird sich auch nichts ändern.

May: Wann kommt der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU mit der Werteunion?

Frei: Ich glaube, man muss vorsichtig sein mit solchen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Jedenfalls gibt es ganz offensichtlich keine Gemeinsamkeiten und klar ist, wir arbeiten nur mit denen zusammen, mit denen wir auch eine inhaltliche Schnittmenge finden. Deswegen grenzen wir uns klar nach rechts und nach links ab.

May: Wieso vorsichtig mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss?

Frei: Ich glaube, man muss vorsichtig sein, in allen Bereichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu fassen. Das war früher auch nicht üblich und das ist auch nicht notwendig, weil wir mit niemandem Koalitionen eingehen würden, mit dem es keine inhaltliche Schnittmenge gibt. Mal ganz abgesehen davon: Die Partei gibt es noch nicht und sie wird nach meiner Einschätzung politisch auch nicht reüssieren.

May: Wie kommt denn jetzt die Brandmauer zum Tragen?

Frei: Wir schauen nicht primär nach links und nach rechts, sondern wir schauen auf uns selbst. Wir bieten christdemokratische Politik und Lösungsansätze an und das muss überzeugend genug sein, und das ist auch überzeugend genug. Deswegen, glaube ich, darf man sich nicht nur mit Abgrenzungsfragen beschäftigen. Wir haben die richtigen Rezepte für die Herausforderungen unseres Landes und ich finde, solche Ereignisse, wie wir sie zuletzt in Potsdam gesehen haben, die zeigen nur, dass es da am rechten politischen Rand Rattenfänger gibt, die den Menschen vorgaukeln,

einfache Lösungen zu haben, aber tatsächlich einfach nur die Menschenwürde mit Füßen treten und damit auch die Grundlagen unserer Verfassung zu verraten.

May: Sie haben das neue Grundsatzprogramm der CDU schon angesprochen, das unter Carsten Linnemann, dem neuen Generalsekretär, ausgearbeitet wurde. Das ist heute das große Thema bei der CDU-Vorstandsklausur in Heidelberg, wo Sie auch gleich hinfahren. Dennoch: Sollte das Thema Rechtsextremismus noch mal gesondert Thema sein heute in Heidelberg, beziehungsweise kommt das jetzt noch mal gesondert auf die Tagesordnung?

Frei: Wir werden mit Sicherheit auch darüber sprechen. Aber vor allen Dingen bin ich davon überzeugt, dass es notwendig ist, dass wir den Menschen glaubwürdige Lösungen anbieten müssen. Was wir derzeit erleben ist, dass viele Menschen insbesondere mit der Regierungspolitik sehr unzufrieden sind, dass sie das Gefühl haben, dass die Dinge bei uns in Deutschland nicht mehr gut laufen. Ich bin davon überzeugt, dass wir die stärksten Argumente bieten, wenn wir zeigen, dass die Demokratie eine höchst effektive, eine gute Regierungsform ist, die auch gute Ergebnisse für die Menschen zeitigt. Dazu versuchen wir unseren Beitrag als demokratische Partei der Mitte zu leisten und dafür auch Lösungen anzubieten. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass ihre Themen ernstgenommen werden, dass Lösungen für ihre Herausforderungen gefunden werden, dann werden sie auch nicht auf rechte Rattenfänger hören.

May: Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, beklagt, dass die Mitte der Gesellschaft zu bequem und auch zu leise sei im Umgang mit Rechtsextremismus. Er sieht die Demokratie in Gefahr. – Wie sehen Sie es?

Frei: Jedenfalls ist es so, dass eine Demokratie nur mit Demokraten funktioniert, und das bedeutet, dass wir Menschen brauchen, die sich einsetzen für die Gesellschaft, die sich einsetzen für demokratische, rechtsstaatliche Werte. Deshalb geht es nicht ohne die Menschen. Man kann Politik nicht delegieren an Berufspolitiker, sondern sie lebt vom Engagement von jedem einzelnen von uns. Deswegen ist diese Warnung und diese Botschaft von Thomas Haldenwang sicher zutreffend.

May: Müssten die demokratischen Parteien jetzt jenseits der AfD ihre Zusammenarbeit noch einmal neu überdenken?

Frei: Das kommt darauf an, was Sie damit meinen. Es ist klar, dass wir in den ganz grundlegenden und grundsätzlichen Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf einer gemeinsamen Basis stehen. Aber auf der anderen Seite muss auch klar sein, dass jede Partei ihre politische Ausrichtung, ihre politischen Lösungsansätze hat, und deswegen müssen wir im demokratischen Meinungsstreit auch konstruktiv

und gut, sauber in der Sache darüber streiten. Das ist notwendig, um klarzumachen, es gibt unterschiedliche Politikansätze, und das Wesen der Demokratie ist, dass die Wählerinnen und Wähler sich aussuchen können, wem sie am Ende am stärksten vertrauen und zutrauen, die Herausforderungen zu lösen.

May: Aus dem linken Milieu wurde viel kritisiert, dass Sie, die CDU, die Grünen zum Hauptgegner erklärt haben, weil diese semantischen Unterschiede „Gegner“ oder „Feind“ gar nicht mehr ankommen. Am Ende steht möglicherweise doch für viele, für die Union sind die Grünen der große Gegner – eine Partei, die Sie vor der letzten Bundestagswahl noch umgarnt haben, und nicht beispielsweise die AfD.

Frei: Aber ich glaube, die semantischen Unterschiede sind schon auch wichtig. Natürlich ist die AfD unser Feind, wenn es um unseren demokratischen Rechtsstaat beispielsweise geht, aber wir haben auch völlig andere politische Ansätze als die Grünen. Das muss man deutlich machen in einem konstruktiven politischen Meinungsstreit und die Menschen entscheiden dann, welche Lösungsansätze sie stärker attraktiv finden. Ich finde, es ist jedenfalls wichtig, dass man diese Unterschiede deutlich macht und damit auch konturiert im Meinungsstreit auftritt, und da ist es klar, dass eine Oppositionspartei sich an der Regierung abarbeitet.

May: Herr Frei, wenn wir auf die Umfragen in ostdeutschen Bundesländern schauen, wenn die nur halbwegs stimmen und die Parteien ansatzweise wirklich so ins Ziel gehen, könnte die Union dann möglicherweise ein ganz anderes Problem bekommen, das es in Thüringen sowieso schon gibt, dass gegen die AfD und Die Linke oder auch das Bündnis Sahra Wagenknecht es keine parlamentarische Mehrheit mehr gibt. Wenn die Demokratie in Gefahr ist – und sie ist mit Sicherheit nicht in Gefahr wegen der Linkspartei -, muss die CDU (wir sprachen schon darüber) ihren Unvereinbarkeitsbeschluss gerade in Bezug zur Linkspartei nicht möglicherweise bald überdenken? Vielleicht sollte sie jetzt schon damit anfangen.

Frei: Das ist keine Plattitüde, Herr May, aber der Wahlkampf hat noch gar nicht begonnen. Wir werden alles dafür tun, dass genau das nicht eintritt, und ich will das gerne auch erklären. Wenn es Koalitionen gibt zwischen Parteien, die im Grunde genommen keine inhaltliche Schnittmenge haben, dann wird das auch nicht zu einem Regierungshandeln und zu Ergebnissen führen, dass die Menschen überzeugt. Deswegen glaube ich, dass so etwas die gegensätzliche Wirkung haben würde. Es würde nämlich die politischen Ränder weiter stärken. Deshalb müssen wir das unter allen Umständen vermeiden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.